Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 10–13 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 13. März 1929 — Nummer 61

Die Schwerindustrie deckt die Karten auf

Sturz des Sowjetregimes Vorbedingung für Ostorientierung

Vor einigen Wochen hat die Deutsche Bergwerkszeitung bekanntlich die Linie der deutschen Schwerindustrie in den internationalen Fragen aufgerollt. Ein festes Bündnis zwischen Deutschland, Frankreich und England mit der Spitze gegen Sowjetrußland — das war das Programm der hinter der Deutschen Bergwerkszeitung stehenden schwerindustriellen Kreise, das die Vögler und Schacht, den deutschen Sachverständigen zur Pariser Reparationskonferenz, mitgaben. Jetzt, wo die Reparationsverhandlungen in ein neues Stadium getreten sind, und die Frage des Kaufpreises für die Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen die Sowjetunion lebendigere Gestalt gewinnt, hält es die Deutsche Bergwerkszeitung, d. h. die hinter ihr stehenden Trustkreise, für nötig, den Kriegsruf gegen die Sowjetunion zu wiederholen. In der Nummer der Deutschen Bergwerkszeitung vom 10. März wird die alte Grammophonplatte über die weltrevolutionären Pläne Rußlands noch einmal abgeleiert, und die Notwendigkeit einer Intervention aufgerollt:

„Natürlich wäre ein enges Zusammenarbeiten und Zusammengehen mit Rußland eine Ostorientierung, durchaus möglich, aber nicht mit diesem Rußland... Diese Staatsform ist für Rußland, wie sie es für Deutschland wäre, das wirtschaftliche, sittliche, kulturelle und politische Verderben, jene Staatsform (die kapitalistische. Anm. d. Red.) wäre eine Möglichkeit, aber eine Möglichkeit, die für die Machthaber des Sowjetstaates keine ist. Sie müßten dann ja abdanken."

Und da sie eben nicht abdanken werden, — das ist die unausgesprochene, aber klare Folgerung der Deutschen Bergwerkszeitung — gilt es für ihre Beseitigung zu sorgen. Diese Linie der Kriegsdrohung und Kriegshetze gegen die Sowjetunion wird in der Deutschen Bergwerkszeitung charakteristischerweise mit der vorsichtigen aber deutlich ausgesprochenen Orientierung gegen Amerika verbunden. Man soll keine Kampffront gegen Amerika herstellen, aber man soll ein wirkliches „politisches und wirtschaftliches Gegengewicht", die weiter als eine Vereinigung der europäischen Großstaaten bestimmt wird, schaffen. Dem festen Block da drüben, so heißt es wörtlich in der Deutschen Bergwerkszeitung, muß ein Block in Europa entgegengestellt werden.

Auch diese Aeußerungen sind ein Signal dafür, wie weitgehend die deutsche Schwerindustrie sich in die englisch-französische Imperialistenfront eingegliedert hat. Auch sie sind ein Signal der drohenden Kriegsgefahr. Man vergesse nicht, daß die Deutsche Bergwerkszeitung nicht etwa von einigen Außenleitern, sondern das Blatt des Stahltrusts, des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats ist. Es ist das Blatt jener Kapitalsmächte, in deren Namen augenblicklich Vögler in Paris mit den Vertretern der imperialistischen Großmächte verhandelt. Wer die englische und amerikanische Presse verfolgt, weiß, daß der Ton der gegenseitigen Auseinandersetzungen sich immer mehr zuspitzt. Der Widerschein dieser Kriegsvorbereitungen ist die Sprache der Deutschen Bergwerkszeitung. Verzehnfachter Kampf um die Verteidigung der Sowjetunion gegen den imperialistischen Krieg muß die Antwort des Proletariats auf den neuen Kriegsruf der Schwerindustrie sein.

Orloff darf ohne Prozeß verschwinden!

Zörgiebel muß ihn decken

Berlin, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie wir erfahren, sind die Zörgiebelbemühungen, einen Prozeß gegen den Dokumentenfälscher Orloff zu vermeiden, von Erfolg gekrönt. Orloff wird für seine ungeheuerlichen Verbrechen nicht bestraft werden. Man gab ihm vorher auf, innerhalb kürzester Frist Preußen zu verlassen. Der Mordattentäter und Dokumentenfälscher soll nicht bestraft werden, denn seine Verbrechen richten sich ja „nur gegen die Sowjetunion" und außerdem war dieser Orloff die rechte Hand Zörgiebels im Kampf gegen ausländische Revolutionäre. Orloff hat ganz unverblümt gedroht, daß, wenn es zum Prozeß gegen ihn kommt, er rücksichtslos seine Verbindung mit Zörgiebel und den Spitzen der politischen Polizei aufdecken wird.

Die Verwaltungsreform der Heldtregierung

Von Rudolf Renner

Die sächsische Bürgerblockregierung hat nun endlich den Landtagsabgeordneten die Vorlage über die Verwaltungsreform vorgelegt. Das Blatt des Oberbürgermeisters Dr. Blüher, der Dresdner Anzeiger, war schon lange Zeit vorher in der Lage, über diese Gesetzvorlagen zu berichten. Die Verbindung mit den Verwaltungsbehörden hatte eine solche Berichterstattung ermöglicht. Der Staatsanzeiger schrieb bekanntlich von einer Indiskretion, durch die der Dresdner Anzeiger in den Besitz der Vorlage gekommen war. Die Vorlage selbst enthält von Ersparnissen, über die so viel gesprochen wurde, außerordentlich wenig. Die Gesamtsumme dürfte über 1 000 000 RM erreichen. Um so mehr aber bewegt sich diese „Verwaltungsreform" in der Richtung der Drosselung aller Selbstbestimmungsrechte der Gemeinden, der Einschränkung der sozialen Versicherungsorganisation, der Verstärkung der Staatsaufsicht, also des kapitalistischen Machtapparates.

Im § 1 des Gesetzes wird die Aufhebung einer Anzahl Amtsgerichte vorgeschlagen. Diese Amtsgerichte sollen benachbarten Amtsgerichtsbezirken angeschlossen werden. Praktisch wird sich dabei ergeben, daß eine Anzahl wirtschaftlicher Interessen der Kleinbauern und Handwerker, aber auch der Arbeiter schwer betroffen werden. Längere Reisen für die Arbeiter, Ausfälle von Lohn durch Arbeitszeitversäumnis wird das Ergebnis dieser Maßnahme, die der Regierung eine Ersparnis von 170 000 RM bringen wird. Weiter wird in der Vorlage bestimmt, daß eine Anzahl Gewerbeaufsichtsämter aufgehoben werden sollen, eine Zusammenlegung auf acht Aemter erfolgt. Schon jetzt zeigte sich bei den Gewerbeaufsichten, daß viele Betriebe oft nicht kontrolliert wurden, da es an dem notwendigen Aufsichtspersonal fehlte. In der Begründung erklärte die Regierung zwar, daß für die Gewerbeaufsichtsämter Kleinautos angeschafft werden sollen, damit eine bessere Arbeitsdurchführung gegeben sei. In der Praxis wird aber die schlechte Arbeit der Aemter durch diese Technisierung nicht aufgehoben werden. Beseitigt werden soll das Landesversicherungsamt und die Erledigung seiner Geschäfte dem Reichsversicherungsamt übertragen werden. Auch das bedeutet nichts anderes, als daß die schon jetzt schleppenden Verfahren noch viel mehr verschleppt werden, so daß die mit dem Landesversicherungsamt Verhandelnden durch Ueberweisung an das Reichsversicherungsamt oft noch bedeutend längere Aufschiebung der Erledigung ihrer Verfahren erfahren werden. Hier wird schon ein ernster Eingriff in die Sozialfürsorge gemacht, denn sich weiter ansichtlich, daß die Fürsorgestellen und Hauptfürsorgestellen für Schwerbeschädigte aufgehoben und ihre Geschäfte auf die Arbeitsämter und das Landesarbeitsamt übergeleitet werden. Die Abteilungen für Schwerbeschädigtenfürsorge werden aufgelöst. Wird, wie in der Vorlage vorgesehen, die Fürsorge für die Schwerbeschädigten auf die Arbeitsämter übertragen, dann ist es ganz klar, daß eine weitere Benachteiligung der Schwerbeschädigten (Kriegsbeschädigte, Schwerunfallverletzte, Blinde, Schwererwerbsbeschränkte usw.) eintritt.

Diesen Maßnahmen folgen Bestimmungen, die die schwersten Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden darstellen. Das Ministerium des Innern soll die Ermächtigung erhalten, Vereinigungen oder die Teilung von Gemeinden vorzunehmen. Das Bestimmungsrecht der Gemeinden darüber wird aufgehoben; ebenso wird aufgehoben der Volksentscheid in den Gemeinden. Hier zeigt sich schon ganz klar der reaktionäre Charakter, der in der Linie der Diktatur steuert. Harmloser hören sich zum Teil die Bestimmungen an, die nach dem § 6 dieses Gesetzes gefordert werden und zu deren Durchführung der Landtag dem Gesamtministerium die Ermächtigung erteilen soll. Die Bestimmungen bewegen sich sämtlich in der Linie der Konzentration der Verwaltungsmaßnahmen. Eine besonders außerordentliche Forderung bedeutet, daß bisher gesetzlich dem Staat oder den Gemeinden obliegende Maßnahmen in Zukunft den berufsständigen Körperschaften übertragen werden sollen. Diese Bestimmung zeigt ganz deutlich, wohin die Entwicklung in der kapitalistischen deutschen Republik geht. Bisher gesetzliche Maßnahmen werden ganz offen den Interessenvertretern übertragen. Die Diktatur des Unternehmertums zeigt sich ganz unverhüllt. Hier werden schon Mussolinische Methoden eingeführt, der Schleier des angeblich neutralen Staatsapparates wird abgeworfen. Die Unternehmer erhalten das nackte und unverhüllte Recht, über ihre Interessen unter Ausschaltung des Staatsapparates zu bestimmen.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache dieser „Verwaltungsreform" ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In diesem Gesetz zeigt sich schon die gesamte Entwicklungslinie der nächsten Zeit an. Nur wenn die Arbeiter diesen Bestimmungen in ihren Anfängen wehren, werden sie in der Lage sein, die Vorstöße der Unternehmer-Diktatur zurückzudrängen. Auf dem Gebiete des Unterrichtsministeriums verlangt die Regierung ebenfalls die Ermächtigung zur Zusammenlegung und zur Be-

Die Zerschlagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Annahme des Spaltungsantrages Urichs auf der Generalversammlung — Die Opposition antwortet: Es lebe die Kommunistische Internationale!

Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern abend fand die Berliner Generalversammlung des DMV statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, wie es nach den Enthüllungen über die sozialdemokratische Fraktionssitzung nicht anders zu erwarten war, der Spaltungsantrag des reformistischen Gewerkschaftszerstörers Sommerfeld. Derselbe hielt eine wüste Schimpfrede zur Begründung seines Antrages. Nach ihm nahm der berüchtigte Urich das Wort, um durch Einbringen eines „Zusatzantrages" den Antrag Sommerfeld noch zu verschärfen. Der neue Antrag, über den die Generalversammlung entscheiden sollte, obwohl dieser erst den Wahlkörpern hätte vorgelegt werden müssen, besagt, daß die Ortsverwaltung jeden Funktionär, der sich nicht verpflichtet, in Wort und Schrift gegen die Richtlinien der Kommunistischen Partei zu kämpfen, von seiner Funktion entheben und ausschließen kann. Die Folge dieses Vorgehens würde sein, daß man Zehntausende aus dem Verband ausschließt, d. h. die Gewerkschaften spaltet, und daß Genosse Niederkirchner, der als Sprecher der Opposition mit den reformistischen Gewerkschaftszerstörern abrechnete, zum letztenmal auf der Generalversammlung gesprochen hat. Die reformistisch zusammengeschobene Generalversammlung nahm den Antrag Urich an. Darauf brachte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ein dreifaches Hoch auf die Kommunistische Internationale aus und verließ unter dem Gesang der „Internationale" die Generalversammlung.

Der Beschluß der Berliner Generalversammlung des DMV, alle oppositionellen Mitglieder, die nicht bedingungslos kapitulieren vor dem sozialimperialistischen Vorstand des DMV, aus der Organisation des DMV auszuschließen, wird auch für die anderen reformistischen Verwaltungsstellen der Anlaß sein, die Methoden Urichs in Anwendung zu bringen. Die Erpressungsversuche der Dresdner Ortsverwaltung des DMV gegenüber denjenigen des Verbandes, die auf revolutionären Betriebsrätelisten kandidieren, und die Vorgänge in Heidenau, über die wir an anderer Stelle berichten, liegen ganz im Sinne des Berliner Antrages.

Zu dem Beschluß der Berliner DMV-Generalversammlung schreibt die Rote Fahne u. a.:

„Die Urich und Sommerfeld wissen, daß die Berliner Metallarbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht hinter dem Reformismus, nicht hinter der statutenwidrig aufgezwungenen Ortsverwaltung steht, sondern bei der revolutionären Opposition. Die Urich und Sommerfeld wissen, daß, wenn die Stimme der Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften entscheiden würde, der DMV eine der ersten Organisationen wäre, die sich von dem Fesseln der reformistischen Vergewaltigung befreien und eine klassenkämpferische Führung geben würde. Gewerkschaften, die nicht den Arbeiterinteressen dienen, sondern der Lähmung der proletarischen Bewegung, die nicht Waffen des Klassenkampfes, nicht Waffen der proletarischen Gegenoffensive gegen die Unternehmer, sondern Waffen für die Unternehmer, für die Niederhaltung der Arbeiter, für die Sicherung des kapitalistischen Profits darstellen — solche Gewerkschaften, in denen der Reformismus Triumphe feiert, wünscht sich die Bourgeoisie. Solche Gewerkschaften fordert sie von der Sozialdemokratie im Zeichen der Koalitionspolitik, im Zeichen des Kurses auf den imperialistischen Krieg. Nehmt Stellung in Belegschaftsversammlungen! Wählt Delegationen gegen die spaltertische Ortsverwaltung! Macht Schluß mit dem reformistischen Verbandszerstörern! Verstärkt die Einheit des DMV! Antwortet bei den Betriebsrätewahlen! Wählt rote Betriebsräte, die sich unzweideutig zum Kampf gegen die Gewerkschaftszerstörung verpflichten!"

Die sächsischen Metallarbeiter- und die Reichseisenbahner-Lohnverhandlungen gescheitert

Die Besprechungen, die am 12. März zwischen dem Metallarbeiterverband und den sächsischen Metallindustriellen stattfanden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Es soll heute Mittwoch weiter verhandelt werden, und zwar vor den Schlichtungsausschüssen. Es ist damit zu rechnen, daß ein ganz ungenügender Schiedsspruch für die sächsische Metallarbeiterschaft gefällt wird. Die Metallarbeiter müssen in dem Betrieben zu diesen Lohnfragen entsprechend dem Chemnitzer Kampfprogramm Stellung nehmen.

Die gestrigen Besprechungen der Eisenbahnerorganisationen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-AG. führten zu keinem Ergebnis. Die Gewerkschaften erklärten, daß die Kündigung des Lohnabkommens infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erfolgt sei, die Vertreter der Hauptverwaltung haben sich bisher noch nicht sachlich zu den Forderungen geäußert, aber durchblicken lassen, daß die Reichsbahnhauptverwaltung nicht bereit ist, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren. Die Forderung, die von seiten der Verbandsvertreter aufgestellt wurde, entsprach nicht im geringsten dem Willen der Eisenbahner. Die Eisenbahner haben gefordert, eine allgemeine Stundenlohnerhöhung von 15 Pf. für die Arbeiter sämtlicher Lohnstufen, Wirtschaftsgebiete und Altersklassen, ferner die Beseitigung der mörderischen Dienstdauervorschriften und die Einführung des Achtstundentages. Für diese Forderungen müssen die Eisenbahner die Belegschaften mobilisieren. Ueberall müssen die Eisenbahner Kampfleitungen wählen und mit den Metallarbeitern ein Kampfbündnis schließen!

SLUB
Wir führen Wissen.